Nummer 285

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Freitag, 20. Juni 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: M. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongkowski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gef. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Peseten, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Peseten, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Eine deutsche Erklärung gegen die Pariser Hetze.

Die angeblichen Angriffspläne gegen die Ruhrbesatzung.

Berlin, 19. Juni.

Das „Journal" bringt einen auch vom diplomatischen Berichterstatter der „Daily Mail" aufgegriffenen Bericht, wonach die französische Regierung seit einiger Zeit sowohl aus dem besetzten Gebiet wie aus dem unbesetzten Deutschland Informationen erhalten habe, die von militärischen Plänen gegen die französische Besatzung im Ruhrgebiet wissen wollen. Demgegenüber wird von der maßgebenden amtlichen Stelle festgestellt, daß selbstverständlich derartige Pläne in Deutschland von keiner militärischen aber zivilen Stelle auch nur in Erwägung gezogen worden sind. Desgleichen bestehen nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür, daß einzelne Privatpersonen in Deutschland sich mit Plänen dieser Art befaßt haben; solche Pläne würden von der Reichsregierung sofort unterdrückt worden sein. Die Meldung des „Journal" ist entweder völlig aus der Luft gegriffen, d. h. die französische Regierung hat derartige Nachrichten nie erhalten, oder aber die französischen Nachrichtenstellen sind irgendwelchen Schwindlern zum Opfer gefallen, die aus gewinnsüchtiger Absicht solche „Informationen" erfunden haben.

Auch ein französisches Dementi.

TU Paris, 19. Juni.

Der „Intransigeant" greift heute einen Artikel des „Evening Standard" auf und gibt ihn an erster Stelle in großer Aufmachung wieder. Es handelt sich um einen von der französischen Regierung dem Foreign Office zugestellten Bericht, der angeblich von General Nollet herstammt. Das „Journal" hat bereits gestern eine ähnliche Nachricht gebracht, nur mit dem Unterschied, daß das „Journal" als Urheber dieses an das französische Kriegsministerium gerichteten Dokumentes den General Degoutte bezeichnete.

Der Quai d'Orsay erklärt zu dieser Angelegenheit heute abend, daß **weder der General Nollet, noch General Degoutte einen Sonderbericht über eine ähnliche Angelegenheit dem Pariser Kriegsministerium zugestellt habe.** Es handelt sich, erklärt man uns von offizieller Seite, lediglich um den Bericht, welchen die Kontrollkommission vor drei Wochen an die französische Regierung gerichtet hat. Ein neuer alarmierender Bericht, der sich besonders auf die Sicherheit der Truppen an der Ruhr bezieht, ist in den letzten Tagen nicht an das Pariser Ministerium gerichtet worden. Es handelt sich also in dem Artikel des „Evening Standard" um eine Wiederaufnahme und Uebertreibung der bereits bekannten Berichte der alliierten Kontrollkommission.

Stresemann über Herriots Erklärungen.

Dessau, 19. Juni.

Aus Anlaß des Landtagswahlkampfes in Anhalt sprach hier Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Unter Bezugnahme auf die Darlegungen Herriots bei Gelegenheit der Regierungserklärung in der französischen Kammer betonte der Reichsaußenminister, daß er keinen Zweifel daran hege, daß die neuen Männer in Frankreich die bisher gegen Deutschland angewandte Methode der Bekämpfung nicht fortzusetzen gedachten. Er begrüße die Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten über die Amnestierung der Gefangenen, betonte jedoch, daß die psychologischen Wirkungen einer solchen Maßnahme nur dann in Deutschland eintreten könnten, wenn die Amnestie eine ausnahmslose sei. Die Erklärung Herriots bezüglich der Räumung des Ruhrgebiets fasse er dahin auf, daß das Inkrafttreten aller mit dem Sachverständigenguachten verbundenen Gesetze und damit der Beginn der deutschen Leistungen aus dem Sachverständigengutachten mit der Aufhebung der Besetzung Hand in Hand gehe. Damit werde, wenn auch die übrigen nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete geräumt würden, der status quo wiederhergestellt sein. **Ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Illusionen werde das deutsche Volk die Taten der neuen französischen Regierung erwarten.**

Die deutschen Industrie-Obligationen.

Paris, 19. Juni.

Der Organisationsausschuß für die im Sachverständigenprogramm vorgesehenen Industrieobligationen hat heute in Paris die vor zehn Tagen unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen.

Eine stürmische Kammersitzung.

Tumultszenen während der Rede Herriots. — Unterbrechung der Verhandlungen.

Der Verlauf der Kammersitzung.

Paris, 19. Juni.

Die Kammer setzte heute nachmittag die nach der Verlesung der Regierungserklärung eingeleitete Debatte fort. Als erster Interpellant ergreift Abgeordneter Bokanowski das Wort, der Auskunft über die Finanzpolitik der neuen Regierung wünscht und sagt, man müsse erklären, daß die neue Regierung eine Finanzlage übernehme, die als die günstigste seit Beendigung des Krieges bezeichnet werden müsse. Zum erstenmal seit dem Kriege sei das französische Budget ausgeglichen. Selbst wenn man das zuletzt angenommene Gesetz, das eine Milliarde Ersparnisse vorsieht, nicht mit einrechnet, werde das Budget dieses Jahres sicher ausgeglichen werden, obwohl Deutschland augenblicklich nichts bezahle. Die Ausführungen des Redners rufen Widerspruch bei den Sozialisten hervor, der von den Mittelparteien unterstützt wird, sodaß Painlevé wiederholt eingreifen muß und um Ruhe ersuchen muß. Der Abgeordnete Bokanowski gibt umfangreiches statistisches Material, wird aber wieder unterbrochen, sodaß er nur mit Mühe seine Beweisführung fortsetzen kann. Abgeordneter Bokanowski stellt im weiteren Verlaufe seiner Rede fest, daß die Handelsbilanz, die als Defizit von mehr als 20 Milliarden aufwies, dieses Jahr mit einem Ueberschuß von 1 400 000 000 abgeschlossen habe.

Frankreich habe seinen Wiederaufbau durchführen können, ohne daß die Schuld um mehr als 90 Milliarden vermehrt worden sei.

Der sozialistische Abgeordnete Auriol erklärt, den Redner unterbrechend, die Schuld sei um 105 Milliarden gestiegen und wir haben 77 Milliarden für den Wiederaufbau und die Pensionen aufgegeben. Der Abgeordnete Bokanowski ruft: Das ist falsch. Er geht alsdann zu einer Erörterung der Frage über, ob man recht getan habe, Anleihen aufzunehmen und wird im Verlaufe seiner Rede von den Sozialisten des öftern unterbrochen. Abgeordneter Maginot erhebt hiergegen Widerspruch. Bokanowski erklärt, es sei falsch, die letzte Stützungsaktion für den Franken als eine Wahlagitation zu bezeichnen. Als der Redner gerade seine Ausführungen beenden will, erhebt sich ein Abgeordneter von der Rechten und kündigt die Wahl des Senators de Selves zum Senatspräsidenten an. Die Abgeordneten der Mitte und der Rechten applaudieren. Einer der Abgeordneten ruft: Nieder mit Caillaux! Der sozialistische Abgeordnete Moutet ruft:

Wir haben keine Angst vor dem Kampf mit dem Senat.

Der Redner forderte weiter in der Frage der Vermögenssteuer den Ministerpräsidenten auf, nicht den Sozialisten zu folgen. Sein Prestige sei bei den Sozialisten so groß, daß sie sogar auf dem Altar des Blocks der Linken die sofortige Räumung des Ruhrgebiets geopfert hätten.

Nach Bokanowski ergreift der sozialistische Abg. Paul Faure das Wort, um namens seiner Partei eine Erklärung zu verlesen, in der es u. a. heißt: Frankreich wolle einen dauerhaften Frieden. Es wolle in einer von Mißtrauen und Haß gereinigten Luft atmen. Es habe begriffen, daß der Wiederaufbau verbunden sei mit dem allgemeinen Fortschritt der Friedenskräfte und der Demokratien, und daß der wirtschaftliche Ausgleich und der Währungsausgleich als Endbedingung des dauerhaften Friedens die ungestörte Arbeit und das gegenseitige Vertrauen der Völker voraussetzt. Einer Politik des nationalistischen Egoismus, die Mißtrauen und Haß geschaffen habe, habe es ein Ende bereitet, um an ihre Stelle eine Politik zu setzen, die aufgebaut sei auf dem Gedanken internationaler Solidarität. Die Arbeiter seien jedoch intelligent genug, um zu begreifen, daß eine vierjährige Mißwirtschaft nicht in wenigen Wochen beseitigt werden könnte. Die sozialistische Partei habe volle Freiheit gegenüber der Regierung, wie die Regierung selbst gegenüber der Partei frei sei. Die sozialistische Partei habe auf keine ihrer Grundsätze verzichtet.

Nach dieser Erklärung wird die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift der ehemalige Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer das Wort. Er habe, so erklärt er einigngs seiner Rede, nicht die Absicht, dem Ministerpräsidenten bei den bevorstehenden Verhandlungen Schwierigkeiten zu bereiten. Mehr denn je müsse Frankreich über den Parteien bleiben. Aber er glaube die Pflicht zu haben, von dem Ministerpräsidenten einige Aufklärung zu fordern. Deutschland habe seine Verpflichtung aus dem Londoner Zahlungsplan nicht erfüllt. Es habe bis zum 31. Dezember 1922 nur 8750 Millionen bezahlt. Wenn man bedenke, daß Deutschland während des Krieges für 6 Milliarden Rohmaterial requiriert habe, dann dürfe man wohl erklären, daß die Deutschen weder auf Reparationskonto noch auf irgend ein anderes Konto irgend etwas bezahlt hätten. Redner erinnert an die

angeblichen Verfehlungen Deutschlands, die die Ruhrbesetzung herbeigeführt hätten.

Deutschland würde, wenn man nicht die Ruhr besetzt hätte, jede Bezahlung eingestellt haben. Es habe ja schon im November 1922 erklärt, daß es die Koks- und Kohlenlieferungen an Frankreich nicht mehr fortsetzen könne. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes habe man die erforderlichen Quantitäten an Kohle und Koks erlangt, ohne daß irgend jemand in Deutschland darüber gestorben sei. Mit den gleichen Argumenten wie Poincaré versucht der Abgeordnete, den schlechten Willen der deutschen Regierung zu beweisen. Er erinnert auch an sein großes Arbeitsprogramm von 1922, über dieses Programm hätten die Deutschen nicht einmal verhandeln wollen. Seine Aufgabe sei, zu beweisen, daß, wenn Deutschland sich Verfehlungen schuldig gemacht habe, das nicht Frankreich, sondern einzig und allein ihm selbst zur Last gelegt werden müßte. Der ehemalige Minister der wiederholt von den Linksparteien unterbrochen wird, stimmt alsdann

ein Loblied auf das im Ruhrgebiet Durchgeführte

an. Er lobt namentlich das, was von dem ihm unterstellten Eisenbahnpersonal geschaffen worden sei. Nach seiner Ansicht habe das Unternehmen Erfolg gehabt und sei von großem Nutzen gewesen.

Weiterhin schildert der Redner die Ergebnisse der Ruhraktion, die vom 11. Januar 1923 bis 30. April 1924 einen Nettogewinn von 2 Milliarden 82 Millionen französischer Franken abgeworfen habe. Ein Sozialist ruft dazwischen: Was hat denn Frankreich davon bekommen? Le Troquer erwidert: Die augenblicklichen Einnahmen entsprächen einem Gewinn von 4 Milliarden jährlich, während man Ende 1922 einen Nichts gegenüber stand. Die Produktionsfähigkeit der deutschen Industrie und der deutschen Gruben ist beträchtlich höher geworden. (Unterbrechungen links.) Die deutsche Kohle hat beinahe überall, wohin sie auf dem Wasserwege kommen konnte, die englische Kohle verdrängt. Der Sachverständigenbericht besagt auch, wie die deutsche Industrie und die Eisenbahn seit Waffenstillstand vervollkommnet worden sind. Mehr als drei Milliarden Goldmark sind dazu verwandt worden. Deutschland hat 18 000 neue Lokomotiven und 400 000 Waggons gebaut. Wenn Deutschland vor der Ruhrbesetzung nicht bezahlt hat, so geschah dies, weil es nicht wollte, und nicht, weil es nicht konnte. Le Troquer meint, um gegen neue Nichterfüllungen Deutschlands geschützt zu sein,

müsse man die militärische Besetzung aufrecht erhalten.

(Beifall rechts und in einem Teil der Mitte, starke Bewegung.) Die einzige Form, die die Rechte Frankreichs in Bezug auf die Reparationen wahrt, ist die Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung im Verhältnis zu den durchgeführten Zahlungen. (Unterbrechungen links, Zuruf: Diese Politik hat das Land verurteilt.) Le Troquer: Nein, niemals. Der Redner hofft, daß Herriot die Lehre der Vergangenheit nicht vergessen werde. (Beifall Zentrum und rechts.)

Lärmszenen bei der Rede Herriots.

Zur Beantwortung der Interpellationen ergreift Ianach Herriot das Wort und wird von der Linken mit lebhaftem Beifall begrüßt: Leider muß ich darauf bringen, daß die Debatte heute abend zu Ende geht. (Sehr gut.) Die Aufgabe der Regierung ist schwieriger als lediglich Früchte zu ernten. Man kann der Regierungserklärung nicht vorwerfen, daß sie nicht klar und genau sei. (Bewegung rechts.) Die Regierung würde auf die Macht verzichten, wenn die Umstände es ihr nicht gestatten würden, fernerhin auf eine wirklich demokratische Mehrheit zu bauen. (Lebhafte Unterbrechungen rechts, Beifall links.) Er habe seinen Programmausführungen in der Kammer nur wenig hinzuzufügen. Vor allem habe man ihm die Abschaffung der Botschaft am Vatikan vorgeworfen. Die weiteren Erklärungen Herriots über die Trennung von Kirche und Staat werden von der Rechten mit heftigen Zwischenrufen unterbrochen. Herriot begegnet diesen Zwischenrufen mit der Erklärung: „Ueber dem Frankreich der Katholiken und Protestanten steht Frankreich schlechthin. Die Republik wird keinerlei Ausgaben für Kulturzwecke machen. Diese Erklärung wird von der Rechten mit Protest aufgenommen, worauf ein kommunistischer Abgeordneter einem royalistischen General eine Beleidigung zuruft, die beinahe zu einem Handgemenge geführt hätte.

Während der Rede Herriots kam es zu weiteren heftigen Unterbrechungen seitens der Rechten. Von links waren einige unverständliche Zwischenrufe gemacht worden. Es fiel das Wort „Mörder". Die Rechte erhob sich von den Bänken und stürmte gegen die Rednertribüne vor. Der linke Flügel folgte diesem Beispiel.

Der Präsident hob die Sitzung auf.

Herriot verließ die Tribüne inmitten eines lärmenden Tumultes.

Ueber den Verlauf der Lärmszenen wird von anderer Seite berichtet: Die Rechte unterbricht den Ministerpräsidenten häufig, was Gegenkundgebungen seitens der Linken hervorruft. Als der Abgeordnete Gerard de Saint-Just, der der Demokratisch-Republikanischen Union angehört,

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Die Interessenwirtschaft in den Vereinigten Staaten.

Von

Virgil Jordan, New York.

Der für die Anfang November stattfindende Präsidentschaftswahl jetzt vertagte Kongreß hat sich in einer Art von Gesetzgebung hervorgetan, die mehr den Wünschen und besonderen Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen entsprach als den Interessen der gesamten Nation. Er hat zugunsten der amerikanischen Landwirte Maßnahmen beraten, die auf Kosten jeden Verbrauchers gehen. Er hat bereits, noch dazu gegen den Einspruch des Präsidenten, die Einwanderung gemäß den Wünschen der amerikanischen Gewerkschaften und der Wähler an der pazifischen Küste beschränkt. Und wieder gegen das Veto des Präsidenten nimmt er den Steuerzahlern mm Milliarden ab, um sie unter die Teilnehmer des großen Krieges zu verteilen. Alle drei Gesetze haben ihre innerpolitische und innerwirtschaftliche Bedeutung, aber sie werden in mancherlei Weise auch nach dem Auslande hin wirken. Im besonderen ist das Kriegsteilnehmer-Prämien-Gesetz kennzeichnend für die politischen und sozialen Zustände der Vereinigten Staaten, und es dürfte auch ihre Rückwirkungen bis nach Europa erstrecken.

Die Adressen sittlicher, wirtschaftlicher und gefühlsmäßiger Argumente für und wider die Kriegsprämie sind längst leergedroschen. Ob der Bürger für seine Vaterlandsliebe bezahlt werden dürfe oder ob die nachträgliche Prämienzahlung den Patriotismus durch die Umsetzung in Dollars und Cents erniedrige: alle diese moralischen Wortkämpfe aus der Zeit, da die Frage auftauchte, waren wohl kaum mehr als Schaufensterdekoration, wie sich der Amerikaner ausdrückt. Was heute läßt sich kaum schlüssig beweisen, ob die Meinung des Landes im ganzen gegen oder für die Kriegsprämie ist. Das einzig wichtige bei der Angelegenheit war nur, ob der Nationalverband der Kriegsteilnehmer, also eine einzelne Bevölkerungsgruppe, genügend politische Gewalt gegenüber dem Kongreß haben würde, um ihn zu zwingen, der Bevölkerung unerhörte Summen aus der Tasche zu nehmen und unter die Angehörigen dieser einen Klasse zu verteilen. Das ist in der Tat das Grundproblem der meisten Dinge, mit denen der Kongreß sich in dieser Session beschäftigt hat. Das Kriegs-Prämiengesetz ist nur der Höhepunkt des drei oder vier Jahre langen Kampfes um Beihilfe auf Staatskosten zwischen den verschiedenen Interessentengruppen im Kongreß, in diesem Fall zwischen der Million der in der amerikanischen Legion organisierten Kriegsteilnehmer und den Industrie- und Finanzinteressen, die sich gegen die erhöhte Steuerlast wehrten. Nachdem der Kongreß nun das Prämiengesetz gegen den Einspruch des Präsidenten angenommen hat, wird dieser wohl das nächste Steuergesetz nicht durchgehen lassen können, da es nicht genügend Einnahmen vorsieht, um die jährlichen Kosten der Kriegsprämien-Gesetzgebung zu decken.

Nach dem neuen Gesetz, das, wenn auch etwas weniger kostspielig, im wesentlichen doch identisch ist mit dem vom Präsidenten Harding 1922 nicht genehmigten entspricht, werden drei Millionen Kriegsteilnehmer eine Art Versicherungspolice erhalten, die in zwanzig Jahren voll ausbezahlt werden oder in der Zwischenzeit als Sicherheit für Darlehen bis zu 90 Prozent ihres jeweiligen Wertes benutzt werden können. Der Endwert dieser Prämien-Zertifikate hängt von dem Alter und der Dienstzeit des Soldaten ab und wird auf der Grundlage von 1 Dollar für den Tag Heimatdienst und von 1,25 Dollar für den Tag Auslandsdienst berechnet, wozu 25 Prozent aufgeschlagen und die Zinseszinsen mit 4 Prozent berechnet werden. Der Höchstwert dieser Kriegsprämien-Stücke liegt zwischen 1600 und 1900 Dollar. Etwa 400 000 Kriegsteilnehmer, die nach dieser Berechnung weniger als 50 Dollar erhalten würden, bekommen ihren Betrag sofort in bar ausbezahlt. Nach sorgfältiger Schätzung betragen die Gesamtkosten dieser Maßnahme etwa 3 Milliarden Dollar und werden die Staatsausgaben jährlich um etwa 150 Millionen Dollar erhöhen.

Aber die Kosten dieser Art von Gesetzgebung können nicht in Dollar und Cent gemessen werden; das Loch, das sie in den Staatssäckel zu einer Zeit reißt, da die Staats-

Die vorliegende Zeitung enthält die humoristische Wochenbeilage

Heitre Welt.